

Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.02.2019 im Sitzungssaal des Rathauses Birkenau, Beginn 19:00 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder des Ausschusses	Simon Mager (Vorsitz) Frank Jochum Dr. Bernhard Klein Stefan Roewer Ralph Fischer (für Prof. Dieter Kies) Erich Kadel Sean O'Donovan
Der Bürgermeister Der Gemeindevertretervorsitzende Der Gemeindevorstand	Helmut Morr Volker Buser Wolfgang Grün Walter Rohloff Arnold Schneider Hans Peter Stephan Volker Zwipf
Verwaltung	Jens Hilmann Volker Schäfer
Presse	Manfred Bierbauer (Diesbach-Medien)

Tagesordnung:

1. Feststellung der Formalitäten
2. Haushalt 2019
 - 2.1 Haushalt 2019; Investitionsprogramm 2018 - 2022
 - 2.2 Haushalt 2019; Ergebnishaushalt
 - 2.3 Haushalt 2019; Finanzhaushalt
 - 2.4 Haushalt 2019; Stellenplan
 - 2.5 Haushalt 2019; Haushaltssatzung
3. Verschiedenes

Sitzungsverlauf und Ergebnisse:

Herr Mager eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung. Er begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Auf seine Nachfrage wurde hierzu kein Einwand erhoben.

Herr Mager stellte die Beschlussfähigkeit mit 7 Anwesenden fest.

Herr Dr. Klein stellte folgende Anträge zur Tagesordnung:

- Die Vorstellung des Jahresabschlusses soll vor TOP 2 erfolgen
- Es sollen Zielvereinbarungen besprochen werden – neuer TOP 2.5

Herr Mager bat um Abstimmung zu diesen Anträgen mit folgendem Ergebnis:

Abstimmung:

JA = 7 NEIN = 0 ENTHALTUNG = 0 Einstimmig angenommen

Geänderte Tagesordnung:

1. Feststellung der Formalitäten
Vorstellung des Jahresabschlusses 2016
2. Haushalt 2019
 - 2.1 Haushalt 2019; Investitionsprogramm 2018 - 2022
 - 2.2 Haushalt 2019; Ergebnishaushalt
 - 2.3 Haushalt 2019; Finanzhaushalt
 - 2.4 Haushalt 2019; Stellenplan
 - 2.5 Zielvereinbarung
 - 2.6 Haushalt 2019; Haushaltssatzung
- 3 Verschiedenes

Herr Mager gab folgende Anregungen:

- Zu den Stellungnahmen der Ortsbeiräte: Zur Beratung des TOP 2 lagen die Stellungnahmen der Ortsbeiräte Kerngemeinde Birkenau und Kallstadt, Nieder-Liebersbach, Hornbach und Löhrbach vor. Es wird festgestellt, dass sich hieraus keine haushaltsrelevanten Beschlussempfehlungen ableiten lassen.
- Die Erläuterungen zu Bürgerhaus und Freibad sollen seitens Herrn Schäfer bei Vorstellung des Investitionsprogramms 2018 – 2022 bei TOP 2.1 erfolgen.

Auf seine Rückfrage ergaben sich aus der Versammlung hierzu keine Änderungswünsche.

Vor TOP 2:

Herr Schäfer erläuterte:

A) Allgemein

Die Jahresabschlüsse 2015 und 2016 werden zur Zeit für die Präsentation der Gemeindevertretung vorbereitet. Die Zustimmung der Kommunalaufsicht wurde bereits erteilt.

Der Abschluss 2017 wird bis zu dem 30.04.2019 angestrebt, da ansonsten das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde zuständig würde.

2015 wird mit einem Minus von rd. 298.000€ abschließen.

2016 wird ein positives Ergebnis ausweisen

2017 wird wahrscheinlich ein positives Ergebnis ausweisen – die Absetzungen für Abnutzung sind noch nicht abschließend gebucht.

B) Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 06.02.2019

Die Thematik **Bürgerhaus und Schwimmbad** wird er gegen Ende des Investitionsprogramms erläutern.

Die Rückstellungen bei dem **Baugebiet Balzenbacher Straße** sind in Höhe von 158.000€ gebildet.

Die **Teilergebnishaushalte** werden zukünftig ohne Ausweis der Ist-Zahlen der Vorjahre dargestellt, da diese Zahlen nicht konkret und damit wenig aussagekräftig sind. Dies betreffe auch die jeweiligen Verrechnungen der Kosten für den Bauhof.

Zu den **Abschreibungen** wurde bereits erläutert.

Die dargestellten **Einnahmen** sind vorsichtig angesetzt, die Vorgaben aus dem Finanzplanungserlass des Landes wurden generell nur mit ½ der hier genannten Zuwächse dargestellt.

Ebenso seien hier keine Erhöhungen der Grundsteuer und Gewerbesteuer eingerechnet.

Der geplante **Überschuss** sei deshalb so gering, weil ein ausreichender Puffer bei den Einnahmen gelassen wurde.

Herr Fischer: Das Alter der vorliegenden Jahresabschlüsse sei für einen aktuellen Vergleich als problematisch zu sehen.

Herr Schäfer hierzu: Der Abschluss 2016 liegt vor, 2017 sei demnächst fertig.

Herr BGM Morr hierzu: Verzögerungen seien auch wegen der Umstellung auf neue Software und umfangreiche Arbeiten bei der Ermittlung der Wasser-/Abwassergebühren entstanden. Seitens der Kommunalaufsicht sei jedenfalls die sorgfältige Erstellung der Abschlüsse sehr positiv gesehen worden. Andere Kommunen seien hier offenbar zu Nacharbeiten aufgefordert.

Zu 2.1 Investitionsprogramm 2018 - 2022

Herr Schäfer erläuterte Folgendes:

- Das Programm wurde mit Folgekosten dargestellt und ist auch so finanzierbar
- Das Programm 2023 ist – wie vorab besprochen - ebenso enthalten
- Es wurden Streichungen erforderlich um die Finanzierbarkeit zu erhalten
- Es erfolgte eine enge Anknüpfung an die Ergebnishaushalte – dies ist für Tilgungs- und Zinsleistungen wichtig
- Großprojekte wurden separat mit den erwarteten Einnahmen dargestellt
- Darlehen wurden mit 3,5% Zinsen und 4% Tilgung gerechnet

Zwischenfrage Dr. Klein zur Höhe der erwarteten Zins und Tilgungsleistungen

- Für 2019 werde mit 340.000€ Zinsen und 1.300.00€ Tilgung gerechnet
- Für 2015 werde mit 150.000€ Zinsen und 950.000€ Tilgung gerechnet – Dies jeweils ohne weitere/neue Darlehensaufnahmen

- Der Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehren sei demnächst mit ca. 2,4 Mio € zu erwarten
- Es ist insgesamt keine Überschuldung zu erwarten

Zwischenfrage Herr Mager zu Bau/Erweiterung Kindergärten

- Frühester Baubeginn sei 2020
 - Zwischenzeitlich werde ggfs. ein Provisorium (Container) den Ergebnishaushalt belasten
 - Dies betreffe neben der Kerngemeinde auch den Ortsteil Nieder-Liebersbach
-
- Die Situation bei Wasserversorgung und Abwasser macht auch weiterhin Investitionen nötig – auch der Bau eines neuen Hochbehälters sei vorgesehen
 - Die Instandhaltung der Friedhöfe wird nachrangig - nach Leistungsfähigkeit - erfolgen
 - Zum **Bürgerhaus** gibt es neue Zahlen und eine Version mit separaten Gebäuden für das Freibad wird favorisiert, da ansonsten kein ausgeglichener Haushalt darstellbar ist. Gegenüber rd. 1.600.000 € Kosten für die in das Bürgerhaus integrierte Räume für Kiosk, Umkleiden und Duschen werde hier eine Lösung mit Containern vorgeschlagen, die nur rd. 600.000 € kosten wird und separat auf dem Schwimmbadgelände stehen können.

Es ergab sich eine ausgedehnte Diskussion hierzu.

Herr Mager unterbrach die Sitzung um 20:30 Uhr

Die Sitzung wurde um 20:43 fortgesetzt.

Herr Dr. Klein stellte Antrag, über das Investitionsprogramm heute nicht abzustimmen:

Abstimmung hierzu:

JA = 5 NEIN = 2 ENTHALTUNG = 0 Mehrheitlich angenommen

Die TOP

2.2 Haushalt 2019; Ergebnishaushalt

2.3 Haushalt 2019; Finanzhaushalt

2.6 Haushalt 2019; Haushaltssatzung

entfielen somit als Themen der heutigen Sitzung.

Der Verwaltung wurde gleichzeitig nahegelegt, sich mit den Architekten über die Realisierbarkeit und den vermeintlichen Kosteneinsparungen auseinander zu setzen. Über das Ergebnis soll in der nächsten Sitzung des HFA informiert und beraten werden.

Zu 2.4 Stellenplan

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung hierzu:

JA = 7 NEIN = 0 ENTHALTUNG = 0 Einstimmig angenommen

Zu 2.5 Zielvereinbarung

Herr Dr. Klein stellte folgende Anträge:

1. Es wird eine Erhöhung der Einnahmen aus der Schaffung neuer Gewerbegebiete in Form von einem Mehr an Gewerbesteuer in Höhe von 20% gegenüber dem Mittel der letzten 5 Jahre angestrebt. Dies soll bis zum Jahr 2029 umgesetzt werden.
2. Die Möglichkeiten einer "Interkommunale Zusammenarbeit" sollen ermittelt und hier ab dem Jahr 2019 eine Kostenreduzierung von 10% ermöglichen. Das Vorhaben wird auf eine Laufzeit von 10 Jahren gesehen und soll nicht mit dem Abbau von Arbeitsplätzen einher gehen.
3. Die Verwaltung erstellt bis 2021 einen Plan zu folgenden Themen:
 - Open-Government (Offene Verwaltung – direkte Vorteile für die Bürger)
 - E-Services (Plattformen für Bürger und Unternehmen)
 - E-Administration (interne Verwaltungsoptimierung)

Hierbei soll sich an den Vorgaben des Landes Hessen orientiert werden:

Hessisches E-Government-Gesetz im Hessischen Landtag verabschiedet

11.09.2018 Pressestelle: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Innenminister Peter Beuth: „Einfache und schnelle Kommunikation“

Die Hessische Landesregierung hat mit der Agenda „Digitale Verwaltung Hessen 2020“ bereits 2015 einen Masterplan für digitales Verwaltungshandeln vorgelegt und zahlreiche Digitalisierungsprojekte im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung angestoßen. Die E-Government-Strategie des Landes Hessen fußt auf „E-Services – Dienste für Bürger und Wirtschaft“, „E-Administration – Innere Optimierung der Verwaltung“ sowie „Open Government – Öffnung der Verwaltung nach außen“. So investiert das Land für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie allein 50 Millionen Euro. Weitere 27 Millionen Euro sind für die Einführung einer E-Akte vorgesehen.

(Quellennachweis: Auszug aus der Mitteilung des "Hessisches Ministerium des Innern und für Sport" aus dessen Internet-Präsentation)

Zu diesen Anträgen erfolgte keine Abstimmung. Die Anträge sollen als TOP in der nächsten Sitzung des HFA behandelt werden.

Zu 3. Verschiedenes

Herr Dr. Klein regte an, die Verwaltung soll eine Übersicht zu den gesamten Ausgaben für Fremdleistungen spezieller und allgemeiner Art erstellen. Ein konkreter Zeitrahmen (z.B. im Jahr 2018) wurde nicht genannt.

Herr Jochum fragte zu der Behandlung der Kassenkredite nach. Herr Schäfer nannte aktuell eine Beschränkung auf maximal 1.000.000 €, diese müssen zudem am Jahresende auch wieder getilgt sein. Es ist eine weitergehende Klärung der Bedingungen mit der Kommunalaufsicht beabsichtigt.

Ende der Sitzung um 21:20 Uhr.

Birkenau, 14.02.2019

Simon Mager (Vorsitzender)

Erich Kadel (Schriftführer)